



## Die Hochzeit der Kriegstreiber Hillary Clinton und der überparteiliche Plan zur Ausweitung der Amerikanischen Macht

von Keegan Farley

Warhawk (Kriegsfalke). Foto: Billy Hathorn/Flickr

### Inhaltsangabe

Einleitung.....	1
<b>Recht ähnlich: Neokonservative und Liberale Interventionisten.....</b>	<b>3</b>
<b>Center for a New American Security (CNAS).....</b>	<b>4</b>
<b>Der Bericht zur Ausweitung der Amerikanischen Macht .....</b>	<b>4</b>
<b>Grundprinzipien des Berichts.....</b>	<b>5</b>
<b>Mittlerer Osten I: Libyen .....</b>	<b>6</b>
<b>Mittlerer Osten II: Syrien .....</b>	<b>7</b>
<b>Mittlerer Osten III: Iran .....</b>	<b>8</b>
<b>Europa und Russland .....</b>	<b>9</b>
<b>Hillary Clintons Pazifisches Jahrhundert.....</b>	<b>12</b>
<b>Schlussbetrachtung .....</b>	<b>14</b>

### Einleitung

Womöglich bedarf es keiner besonderen Betonung, aber immer wenn ein Präsident der Vereinigten Staaten sein Amt antritt, wird die Ausrichtung seiner Außenpolitik in Übereinstimmung oder Abgrenzung zu der Politik seines Vorgängers entwickelt. Bei der außenpolitischen Bilanz von US-Präsident Barack Obama handelt es sich um eine Art Gemischtwarenladen. Er verantwortete das fortgesetzte militärische Engagement in Afghanistan und im Irak -- sinnlose, gewaltsame Versuche, diese Länder unter Kontrolle zu bringen. In Libyen förderte er einen Regimewechsel und regionales Chaos durch eine NATO-Bombardierung. Seine militärischen Handlungen trugen in Syrien zu den schrecklichen Zuständen bei, aufgrund derer Millionen fliehen müssen. Laut seines stellvertretenden Nationalen Sicherheitsberaters Ben

Rhodes, ordnete er „ohne Bedenken“<sup>41</sup> Drohnenschläge in Jemen, Pakistan und Ostafrika an, durch die wahllos Hunderte getötet wurden. Und um dem allem die Krone aufzusetzen, haben die Spannungen mit Russland und China nicht zuletzt aufgrund unnötiger amerikanischer Provokationen und heftigem Säbelraseln ein Allzeithoch erreicht.

Aus einem etwas wohlwollenderen Blickwinkel wies er dagegen die militaristischeren Mitglieder seiner Regierung erfolgreich in die Schranken. Das US-Militär hat Libyen nicht in einem weiteren Versuch zur Staatenbildung besetzt. In Syrien entschied sich Obama gegen einen Regimewechsel, wodurch ein Machtvakuum und eine noch verheerendere Situation entstanden wäre. Mit dem Iran ist ein Krieg aufgrund des unter seiner Regierung abgeschlossenen Atomdeals weit weniger wahrscheinlich geworden und in der Ukraine verzichtete er darauf, die Streitkräfte mit schweren Waffen für ihren Kampf gegen die von Russland unterstützten Kräfte zu beliefern. Jeder, der sich über die mit den US-Kriegen einhergehenden Grausamkeiten im Klaren ist, kann dies nicht als Kleinigkeiten abtun. Angesichts des Drucks, dem Obama ausgesetzt war, einen härteren Kurs einzuschlagen, war seine Fähigkeit, auf die Bremse zu treten, bemerkenswert.

Auch wenn Obama möglicherweise „darauf setzt, dass er für die Dinge, die er nicht getan hat, positiv beurteilt wird“<sup>42</sup>, sind viele Außenpolitikexperten sowie aktuelle und frühere Mitglieder seiner Regierung über die an den Tag gelegte Zurückhaltung und aufgrund seines exklusiven Regierungsstils frustriert. Der ehemalige Verteidigungsminister Robert Gates gab zu Protokoll, der Präsident habe gegenüber seinem Stab einmal gesagt: „Ich kann jeden eurer Jobs besser machen als jeder von euch.“<sup>43</sup> Obama entwickelte eine Aversion gegen das außenpolitische Establishment und er entschied sich dazu – ob positiv oder negativ –, viele außenpolitische Entscheidungen mit minimalem Input seines Kabinetts zu fällen. Im Gefühl, ausgeschlossen zu werden, haben Viele seine Regierung verlassen – eine davon war nicht zuletzt Hillary Rodham Clinton (HRC).

Nach einer hart umkämpften Kampagne um die Kandidatur vereitelte der jüngere und charismatischere Barack Obama 2008 HRCs Ambitionen auf die Präsidentschaft. Als Außenministerin war sie eine der militaristischsten Mitglieder von Obamas Kabinett – dort trieb sie ihre aggressive Politik so weit wie möglich voran, bis sie mit dem Präsidenten aneinander geriet. Sie war die treibende Kraft hinter dem militärischen Aufwuchs in Afghanistan und in Libyen „war sie eine der wichtigsten Befürwor-



Gage Skidmore/Flickr

terinnen der Intervention.“<sup>44</sup> HRC war (und ist) keine Freundin friedlicher Diplomatie, sondern eine vehemente Befürworterin waghalsiger Politik – „Krieg androhend, um Forderungen an andere Regierungen zu untermauern.“<sup>45</sup>

Der Außenminister ist eine der einflussreichsten Positionen, die man in einer US-Regierung innehaben kann, aber HRC musste mit Klauen und Zähnen um die Umsetzung ihrer Politik kämpfen. Manche haben ihre Amtszeit mit Worten gelobt, wie etwa, sie habe „eine beeindruckende Demut“ in den Fällen an den Tag gelegt, in denen Obama ihre Vorschläge versenkte.<sup>6</sup> In Erwartung, die nächste Präsidentin der Vereinigten Staaten (POTUS) zu werden, hat HRC inzwischen genug von Demut und ist begierig über die Macht zu verfügen, das letzte Wort zu haben. Sie ist der Auffassung, dass die Führungsfähigkeiten und das Ansehen der Vereinigten Staaten unter Präsident Obama gelitten haben. Ihr Ziel als Präsidentin wird es sein, beides wieder herzustellen. Im Gegensatz zu Obama, der sein Amt aufgrund seiner Sorge vor Fehlschlägen und seiner „Mach-keinen-dummen-Schieß-Politik“ mit einer gewissen Selbstbeschränkung antrat, ist HRCs politische Karriere ohnehin schon mit politischen Fehlschlägen gespickt und sie wird im Weißen Haus nicht annähernd so konfliktscheu sein wie Obama.

Darüber hinaus bahnt sich in den Vereinigten Staaten diese Wahlsaison eine monumentale Neuaufstellung der politischen Parteien und ihrer Politik an. Die republikanische Partei ist in Aufruhr, nachdem Donald Trump zu ihrem Präsidentschaftskandidaten gekürt worden ist. Bernie Sanders rückte viele junge Demokraten nach links von dem Standort, wo HRC, die Kandidatin der Partei, steht. Diese Kandidaten verdankten ihre Beliebtheit eher der Innenpolitik als ihren außenpolitischen Programmen, aber es ist genau innerhalb des außenpolitischen Establishments, wo sich die wichtigsten Änderungen abspielen.

In Ermangelung eines traditionellen republikanischen Kandidaten erklären Neokonservative, die lange zum militaristischsten Flügel der Republikaner zählten, nun ihre Unterstützung für HRC. Ihre Berater begrüßten die Neuankommlinge und haben zusammen mit ihnen eine überparteiliche Außenpolitik entwickelt, die nach Amtsantritt umgesetzt werden soll, falls HRC die Wahl gewinnt. Dieses Phänomen lässt sich am deutlichsten anhand des Berichtes *Die Ausweitung Amerikanischer Macht (Extending American Power, EAP)* des *Center for a New American Security* veranschaulichen.<sup>7</sup> Der Bericht „ist derzeit wahrscheinlich der beste Hinweisgeber, wohin eine Regierung unter Hillary Clinton das Land führen wird. Er ist nicht nur ‚überparteilich‘. Das entscheidende Merkmal ist die Verschmelzung von liberalen Interventionisten (repräsentiert von Flournoy, Campbell, Rubin und Steinberg) und Neokonservativen (wie Kagan und Edelman).“<sup>8</sup>

Diese Studie will in keiner Weise nahe legen, Trump sei der bessere Kandidat. Er fördert Angst und Hass und ist vermutlich dazu in der Lage, Bomben auf jeden abzuwerfen, der es wagt, ihn zu kritisieren. Was die Außenpolitik angeht, wollen sowohl Trump als auch HRC die amerikanische Rolle als globaler Führer wiederherstellen. Aber Trump ist zu unberechenbar und nicht vertrauenswürdig genug für die etablierten Hardliner im Außenpolitikapparat. Diese Leute wissen, was sie an HRC haben und sie sind begierig, mit ihr zusammenzuarbeiten. Mittels einer Analyse der Autoren des EAP-Berichts, mithilfe von Aussagen der HRC-Berater und von ihr selbst will diese Studie den Wandel im amerikanischen Außenpolitikgefüge und seine Folgen, sollte Hillary Clinton zur Präsidentin gewählt werden, herausarbeiten.

## Recht ähnlich: Neokonservative und Liberale Interventionisten

Der beste Weg, um den Neokonservatismus und seine Bedeutung zu erfassen, dürfte darin bestehen, sich hinsichtlich seiner Ideologie zuerst auf Robert Kagan, einen seiner einflussreichsten Exponenten, zu beziehen. Er gibt an, dass „er auf einen kraftvollen Moralismus und Idealismus in weltpolitischen Angelegenheiten setzt; auf einen Glauben an Amerikas hervorgehobene Rolle als Förderer von Prinzipien der Freiheit und Demokratie; auf eine Überzeugung in die Aufrechterhaltung der US-Vorherrschaft; auf die Ausübung von Macht, einschließlich militärischer Macht als Instrumente zur Verteidigung und Förderung moralischer und idealistischer Ziele; und auf einen Argwohn gegenüber internationalen Institutionen und auf eine Tendenz hin zum Unilateralismus.“<sup>9</sup> Die Wandlung der Neokonservativen, die im Laufe des 20. Jahrhunderts von einer politischen Philosophie ehemaliger Trotzisten, zu anti-kommunistischen Liberalen konvertierten und dann den Reihen militaristischer Republikaner beitraten, ist sicher eine faszinierende Entwicklung. Augenblicklich ähnelt nur noch das Prinzip einer permanenten Revolution dem Trotzismus – allerdings mit dem Unterschied, dass am Ende nicht der weltweite Sozialismus, sondern eine Weltordnung stehen soll, die auf amerikazentrierten neoliberalen Idealen basiert.

Der EAP-Bericht sieht sich in der Tradition vieler neokonservativer Politikpapiere, angefangen mit der *Defense Planning Guidance* (DPG, 1992). Die führenden Neokonservativen in George H.W. Bushs Regierung -- Paul Wolfowitz, Lewis Libby und Zalmay Khalilzad -- schrieben 1992 ein Memorandum, das vom damaligen Verteidigungsminister Dick Cheney hochgelobt wurde. Die DPG sickerte an die New York Times durch und im entsprechenden Artikel beschrieb der Autor das Dokument als „ein breit angelegter neuer Politikentwurf, der sich in seinem finalen Entwurfsstadium befindet. Das Verteidigungsministerium erklärt darin, dass die politische und militärische Aufgabe nach dem Kalten Krieg darin bestehen wird, sicherzustellen, dass die Entstehung eines neuen Rivalen in Europa, Asien oder dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion verhindert wird.“<sup>10</sup>

Der an die Öffentlichkeit geratene Entwurf rief vielfach Kritik an einer solchen Hegemonialpolitik hervor. Trotz dieser negativen Reaktionen sollte der Einfluss der DPG dennoch nicht unterschätzt werden. Michael Mastandunos Worte schätzen die Tragweite der DPG realistisch ein, die die US-Außenpolitik in den Folgejahren entscheidend prägen sollte: „Obwohl sich US-Offizielle damals öffentlich von der DPG distanzieren, haben ihre Logik und Argumente tatsächlich die US-Sicherheitspolitik bestimmt. [...] In der Tat folgten die US-Politiker konsequent einer Strategie, die ein klares Ziel verfolgte – die Bewahrung der überragenden amerikanischen Position in der Welt.“<sup>11</sup>

Als Bill Clinton zum Präsidenten gewählt wurde, verloren die Neokonservativen, die sich die Position der DGP zu Eigen gemacht hatten, ihr offiziellen Posten. Doch auch ohne diese Personen erwies sich Clinton als eifriger Befürworter der US-Vorherrschaft. Durch so genannte humanitäre Interventionen (der Krieg gegen Jugoslawien) und indem sichergestellt wurde, dass die US-Waffenhersteller faktisch über das Monopol im internationalen Waffenhandel verfügten, blieb die erforderliche militärische Infrastruktur erhalten, um die Vorherrschaft unter dem folgenden Präsidenten erneut anzustreben.

Mehrere Jahre vor der Präsidentschaftswahl 2000 versammelte sich eine Gruppe Neokonservativer, um eine Denkfabrik zu gründen -- das *Project for a New American Century* (PNAC).

Seine 1997 verabschiedeten *Grundprinzipien* loben die Erhabenheit der Außenpolitik unter Präsident Ronald Reagan und bringen die dringende Notwendigkeit zum Ausdruck, die weltweite US-Führerschaft mittels verstärkter Militäreinsätze und über das neoliberale Weltwirtschaftssystem durchzusetzen.<sup>12</sup>

Wie sich zeigen sollte, wurden 10 der 25 Unterzeichner der *Grundprinzipien* auf Posten in der Regierung George W. Bushs (2001-2009) berufen, einschließlich Dick Cheney, Paul Wolfowitz und Donald Rumsfeld – alles Namen, die zum Synonym für die ruchlosen Verbrechen während des „Krieges gegen den Terror“ wurden, vor allem im Irak und in Afghanistan. Besonders einflussreich wurde das PNAC über seinen Bericht *Rebuilding America's Defenses*. Maßgebliche Teile des Dokumentes, das im September 2000 veröffentlicht wurde, sollten zur offiziellen US-Politik erhoben werden, nachdem George W. Bush kurz darauf sein Amt antrat. Die Begriffe *Präemptivkrieg*, *Regimewechsel* und *Pax Americana* tauchten alle sowohl in diesem Bericht als auch in den späteren Politikentscheidungen der Bush-Administration auf.

Als die „VIER HAUPTAUFGABEN der US-Streitkräfte“ wird in dem Papier folgendes benannt: „1) das amerikanische Heimatland zu verteidigen; 2) mehrere größere regionale Kriege führen und gewinnen zu können; 3) ‚polizeiliche‘ Pflichten zu übernehmen, die damit zusammenhängen, in kritischen Regionen die Sicherheitsumgebung zu formen; und 4) die US-Streitkräfte so zu transformieren, dass die ‚Revolution in militärischen Angelegenheiten‘ genutzt wird.“<sup>13</sup>

Der Versuch, diese „Aufgaben“ umzusetzen, war während der gesamten Amtszeit Bushs augenscheinlich. Einige Beispiele betreffen: 1) Die Schaffung des Heimatschutzministeriums; 2) Die Kriege in Afghanistan und im Irak sowie gegen den Terror (gegen jeden an jedem Ort); 3) Das Auftreten als Weltpolizei, indem bspws. illegale Foltergefängnisse außerhalb der USA errichtet wurden und die Verhöre Tausender, die nie ein ordentliches Verfahren erhalten haben; 4) Umfassende Investitionen in die Forschung und Entwicklung militärischer Waffen (das Aufkommen der Drohnenkriege, über 1 Billion für den F-35, etc.).



### EXTENDING AMERICAN POWER

Strategies to Expand U.S. Engagement  
in a Competitive World Order

#### Paper Signatories

Kurt Campbell, Eric Edelman, Michèle Flournoy,  
Richard Fontaine, Stephen J. Hadley,  
Robert Kagan (Co-chairman), James P. Burns (Co-chairman),  
Julianne Smith, James Steinberg, and Robert Zoellick



PNACs *Rebuilding America's Defenses* brachte den Neokonservatismus über den „Krieg gegen den Terror“ in den politischen Mainstream. Im Verlauf des Krieges realisierte die Öffentlichkeit allerdings, dass die Verbreitung der Pax Americana nicht in ihrem Interesse lag: „Ungefähr die Hälfte (51% [der US-Bevölkerung 2005]) sind mit Bushs Außenpolitik unzufrieden und 57% sind mit seiner Irak-Politik unzufrieden.“<sup>14</sup> 2006 schloss PNAC in etwa zur selben Zeit seine Tore, als auch die Neokonservativen Paul Wolfowitz, Donald Rumsfeld und Lewis Libby ihre Posten in Bushs Regierung verloren. In dem Versuch, eine neokonservative Stimme im außenpolitischen Establishment zu erhalten, fanden sich 2009 vier Personen zusammen, um die Denkfabrik *Foreign Policy Initiative* mit dem Ziel zu gründen, die Ideen des PNAC am Leben zu halten. Zwei davon, Robert Kagan und Eric Edelman, sollten später an dem Projekt teilnehmen, das den EAP-Report ausarbeitete.

Die Unterschiede zwischen Neokonservatismus und Liberalem Interventionismus herauszuarbeiten ist nicht ganz einfach, da beide dieselben Ziele verfolgen, eine Welt frei von anti-amerikanischen Staatsoberhäuptern zu schaffen, in der Freihandel und Demokratien nach amerikanischem Vorbild dominieren. Beide Lager setzen auf Militäreinsätze, um ihre Ziele umzusetzen. Wo traditionell kleine Unterschiede existieren ist, wie bereits von Kagan angedeutet, die Sichtweise auf internationale Organisationen wie UNO und NATO. Nachdem sie amerikanischen Militäreinsätzen eine gewisse Legitimität verleihen können, präferieren Liberale Interventionisten bei ihrer Planung und Durchführung mit diesen Institutionen wo es möglich ist zusammenzuarbeiten. Neokonservative tendieren dagegen dazu, die militärische Macht der USA als ausreichende Legitimation für unilaterales Handeln zu betrachten und internationale Organisationen soweit wie nur möglich zu meiden.<sup>15</sup>

In jüngster Zeit verwischen die Unterschiede zwischen Neokonservativen und Liberalen Interventionisten immer weiter. Einige Neokonservative wie etwa Kagan bevorzugen es nun, als Liberale Interventionisten bezeichnet zu werden, womöglich, weil er der Auffassung ist, der Begriff bringt weniger Ballast mit sich.<sup>16</sup> Die Mitglieder beider Gruppen könnten treffender als Amerikanische Imperialisten deklariert werden und Hillary Clinton könnte zu ihrer Anführerin werden, sollte sie zur Präsidentin gewählt werden. Denn da bei diesem Urnengang die Wahl zwischen Donald Trump und Hillary Clinton besteht, ist sie die offensichtliche Kandidatin der Hardliner. Neokonservative und Liberale Interventionisten haben sich in ihrer Enttäuschung über die Rückschläge, die Clinton während Obamas Präsidentschaft erlitt, angenähert und sie versuchen ihre ohnehin schon militaristische Außenpolitik noch einen Schritt weiter zu treiben, um ihre Vision eines amerikanischen Imperiums umzusetzen und/oder ihre Brieftaschen und die ihrer Unterstützer aufzufüllen.

### Center for a New American Security (CNAS)

2007 gründeten Michèle Flournoy und Kurt Campbell das CNAS, „um eine zielstrebige, pragmatische, prinzipientreue nationale Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu entwickeln.“<sup>17</sup> Das CNAS ist rasch zu einer der einflussreichsten Denkfabriken in den USA geworden, das mit aktuell 131 Beschäftigten unzählige Artikel und Berichte darüber veröffentlicht, wie die USA am besten ihre Macht ausbauen und anwenden können.

Viele der Angestellten sind vormalige Regierungsbeamte oder haben Ambitionen auf künftige Regierungsposten. Obwohl sie sich stark den Demokraten zuneigt, rühmt sich die Denkfabrik zu einer Zeit ihres überparteilichen Ansatzes in außenpoliti-

schen Fragen, in der die politische Polarisierung den Kongress seit Jahren mit Stillstand plagt. Das CNAS verdeutlicht den Wandel innerhalb von Demokraten und Republikanern, indem sich beide Seiten im Bestreben annähern, den Status quo einer amerikazentrierten Weltordnung aufrechtzuerhalten. Einige gestandene republikanische Neokonservative versammeln sich nun im demokratischen Lager, da sie in Hillary Clinton die Personifizierung ihrer Ideologie erkennen, während Donald Trumps Außenpolitik ihrer Auffassung nach entweder zu unkalkulierbar oder nicht aggressiv genug ist. So wird Robert Kagan bezüglich HRC mit den folgenden Worten zitiert: „Sollte sie die Politik betreiben, von der wir denken, dass sie sie verfolgen wird, [...] könnte das als neokonservativ bezeichnet werden, auch wenn ihre Unterstützer es natürlich nicht so nennen werden, sie werden es irgendwie anders bezeichnen.“<sup>18</sup>

Im CNAS existiert ein außenpolitischer Konsens, das US-Militär massiv auszubauen und einzusetzen und gleichzeitig die neoliberale Weltwirtschaftsordnung zu stärken und auszuweiten. Die Organisation selbst wird vorwiegend von Rüstungsfirmen (Lockheed Martin, Boeing, Raytheon, Northrop Grumman; etc.), Finanzunternehmen (Bank of America, Morgan Stanley, Prudential Financial; etc.) und multinationalen Konzernen (Chevron Corporation, ExxonMobil, Google; etc.) unterstützt, die alle ein gemeinsames Interesse daran haben, ihre Profite durch die Verbreitung von Neoliberalismus und Konflikten zu mehren. Während sich die Wahl nähert, setzen die Kriegstreiber im CNAS auf einen Sieg Clintons und darauf, so viele Posten in ihrer Administration zu ergattern, wie möglich.

CNAS gleicht einem PNAC 2.0, dem neuesten Modell einer militaristischen Denkfabrik, die die dringende Notwendigkeit für die Ausweitung der US-Vorherrschaft betont. Doch in der Art, wie es organisiert und betrieben wird, stellt das CNAS eine noch gefährlichere Herausforderung als das PNAC dar. Seine Betonung der Überparteilichkeit verleiht seiner Arbeit den Anschein, als sei es in der Lage, den Stillstand im Kongress überwinden zu können. Jeder neue Präsident behauptet von sich vergeblich, dass er beide politischen Parteien dazu bringen wird, zusammenzuarbeiten. Indem sie die Politikvorschläge des CNAS übernimmt, wird es Clinton möglich sein, als Vermittlerin zwischen den verfeindeten Seiten aufzutreten. Darüber hinaus hofft die Clinton-Kampagne die Stimmen von Anti-Trump-Republikanern zu gewinnen, ohne den Kern ihrer demokratischen Unterstützer zu verlieren, wofür das CNAS eine Brücke liefern könnte.

### Der Bericht zur Ausweitung der Amerikanischen Macht

Der CNAS-Globalstrategie-Bericht *Extending American Power* (EAP) ist, was den Inhalt anbelangt, dem Dokument *Rebuilding America's Defenses* verdächtig ähnlich, er wurde lediglich dem aktuellen geopolitischen Umfeld angepasst. Er ist vollgestopft mit Vorschlägen für militaristische Maßnahmen und Freihandelsabkommen und zwar in einer Form, die „lang genug ist, um substantiell zu erscheinen, aber kurz genug, dass es auch manche Leute tatsächlich lesen.“<sup>19</sup>

Der EAP-Bericht ist das Ergebnis eines einjährigen Projektes, in dem sich CNAS-Mitglieder und Gastwissenschaftler sechsmal zum Abendessen trafen und darüber diskutierten, wie der nächste Präsident die US-Führung in der Welt wieder für sich reklamieren könnte. Der Report basiert auf der Annahme, dass die Welt aufgrund der schwachen amerikanischen Führung der letzten Jahre ein chaotischer und gefährlicher Ort geworden ist. Er argumentiert, dass die glorreiche Weltordnung der vergangenen

## Die Ausweitung Amerikanischer Macht: Unterzeichner

### Liberaler Interventionisten



**Michèle Flournoy:** CNAS-Gründerin. In der Obama-Regierung als Unterstaatssekretärin im Pentagon, lehnte den Posten der Verteidigungsministerin aber aufgrund ideologischer Differenzen mit Obama ab. Beraterin der HRC-Kampagne. Gilt als aussichtsreichste Kandidatin für den Posten als Verteidigungsministerin in einer möglichen HRC-Regierung.



**Kurt Campbell:** Arbeitete bis 2013 als Referatsleiter für Ostasien und den Pazifik im US-Außenministerium. Clinton gab ihm nach seinem Weggang den Distinguished Service Award - die höchste diplomatische Auszeichnung der USA. Arbeitete erst für Marco Rubios Wahlkampagne, wechselte dann aber die Seiten, um HRCs Asienabteilung zu leiten.

**James P. Rubin:** Ko-Vorsitzender des EAP-Projekts. Früherer Referatsleiter im Außenministerium und Pressesprecher während der Präsidentschaft Bill Clintons.

**Julianne Smith:** Ehemalige stellvertretende Nationale Sicherheitsberaterin von Vizepräsident Joe Biden. Aktuell beim CNAS und bei Beacon Global Strategies (BGS), einer Beratungsfirma für Waffenproduzenten. Leitet HRCs Europa- und Russland-Gruppe.

**James Steinberg:** Früherer stellvertretender Nationaler Sicherheitsberater Bill Clintons und stellvertretender Außenminister unter HRC.

### Neokonservative



**Robert Kagan:** Einer der wichtigsten Figuren unter den Neokonservativen. War führendes PNAC-Mitglied und Chefberater der republikanischen Präsidentschaftskandidaten John McCain und Mitt Romney, sprach sich nun aber für HRC als Präsidentin aus. und veranstaltete im Juli 2016 ein Abenddinner als Spendenaktion für HRC. Ko-Leiter des EAP-Projektes



**Stephen Hadley:** Ein Freund HRCs aus Yale. Früherer Nationaler Sicherheitsberater in der zweiten Amtszeit George W. Bushs und einer der bekanntesten Neokonservativen. Er arbeitet derzeit für RiceHadleyGates (einer ähnlichen Firma wie BGS) und sitzt im Vorstand von Raytheon, einer Waffenfirma. Mitglied des U.S. Committee on NATO.

**Eric Edelman:** Arbeitete unter George W.- Bush als Unterstaatssekretär im Pentagon. Gründungsmitglied der Foreign Policy initiative, dem Versuch, ein neues PNAC zu schaffen. Arbeitet jetzt für BGS. Gilt als einer der profiliertesten Kriegsfalken.

**Richard Fontaine:** CNAS-Präsident. Früherer Berater von Senator John McCain.

**Robert Zoellick:** Ein weiteres ehemaliges PNAC-Mitglied. Handelsbeauftragter unter George W. Bush. Von 2007 bis 2012 Präsident der Weltbank.

Fotos: US-Außen- und Verteidigungsministerium

70 Jahre zuletzt durch Russland, China, terroristische Organisationen, die Cyberwelt und wirtschaftliche Veränderungen gestört wurde. In weniger als zwanzig Seiten präsentiert er immer dieselbe Patentlösung für all diese Bedrohungen, von denen die meisten erst durch die Vereinigten Staaten als ein Ergebnis genau der Politik geschaffen oder verschlimmert wurden, die in diesem Bericht gefordert wird.

Die Unterzeichner des EAP-Berichts setzen sich aus Demokraten, ehemaligen und aktuellen HRC-Mitarbeitern, aber auch aus ausgewiesenen Neokonservativen zusammen, die zuvor bei den Republikanern verortet waren (siehe Grafik). Die Tatsache, dass diese zehn Individuen zusammenfanden, um den EAP-Bericht anzufertigen und zu veröffentlichen, belegt einen fundamentalen Wandel in der typischerweise sehr parteigebundenen Politik der USA. Sie realisierten, dass sowohl Bernie Sanders als auch Donald Trump eine Gefahr für den Status quo darstellten, was weder für sie selbst noch für ihre Klientel von Vorteil ist. Nachdem kein anderer republikanischer Kandidat zur Verfügung stand, hat das außenpolitische Establishment seinen Hut für Hillary Rodham Clinton in den Ring geworfen, damit sie die im EAP vorgezeichnete Politik ausführt. Die Vorstellung, dass sich Politstrategen unterschiedlicher Lager zusammenfinden, um bestimmte Ziele zu erreichen, mag sich zunächst sinnvoll anhören. Aber die überparteiliche Politik, die sich durch diesen Bericht zieht, wäre der Sicherheit und dem Wohlergehen von nahezu jedem Menschen abträglich. Dies geht aus den im Folgenden ausgewerteten Passagen des EAP-Berichts zum Mittleren Osten, Europa und Asien klar hervor.

### Grundprinzipien des Berichts

Bevor der Bericht spezielle Themenfelder aufgreift, stellt er „Grundprinzipien“ auf, die sowohl Republikaner als auch Demokraten ohne große Diskussion unterstützen können – namentlich die Aufrechterhaltung der US-Hegemonie. Konkret wird aufgeführt:

1. „Die Ausweitung der amerikanischen Macht und der Führungsfähigkeiten in Asien, Europa und dem erweiterten Mittleren Osten – Regionen, in denen die Bedrohungen für die internationale Ordnung am größten sind und in denen entweder neue Herangehensweisen oder die konsequentere Anwendung altbewährter Herangehensweisen am dringendsten erforderlich sind.“

Der Bericht bezieht sich häufig auf die „internationale Ordnung“, ohne irgendwo zu definieren, was damit gemeint ist. Es ist offensichtlich, dass unter der internationalen Ordnung in Wirklichkeit eine weltweite *amerikanische* Ordnung verstanden wird. Mit den „altbewährten Herangehensweisen“ müssen wohl diejenigen gemeint sein, die unter George W. Bush von einigen der Personen, die den Bericht verfassten, an den Start gebracht wurden und die zu den katastrophalen Fehlern im Irak, in Afghanistan und anderswo führten. Hier wird der Eindruck erweckt, diese Kriegspolitik sei „altbewährt“ und habe sich nur aufgrund der mangelnden „konsequenteren Anwendung“ als Fehlschlag erwiesen.



Foto aus dem Libyen-Krieg, als dessen Architektin Clinton gilt. Foto: mojomogwai/Flickr

2. „Ein dringend erforderlicher erster Schritt besteht in einer deutlichen Erhöhung der nationalen Sicherheits- und Verteidigungsausgaben und in der Abschaffung der haushälterischen Zwangsjacke des Budget Control Act. Ein zweiter damit zusammenhängender Schritt besteht darin, Politikvorschläge zu unterbreiten, die die substanzielle militärische, wirtschaftliche und diplomatische Macht nutzen, die Washington zur Verfügung steht, aber in den letzten Jahren zu zögerlich angewendet.“

Selbst mit dem Budget Control Act werden die USA im Jahr 2016 mindestens 585 Mrd. Dollar nur für das Verteidigungsministerium ausgeben - mehr als die sieben nächstgrößten Toprüster der Welt. Wie irgendwer diese Ausgaben rechtfertigen kann, während die Sozialprogramme in den USA komplett zu vernachlässigen sind, entzieht sich jedem Verständnis. Darüber hinaus liegen die USA zwischen zwei riesigen Ozeanen und zwei befreunden Staaten (Mexiko und Kanada), wodurch die Behauptung, die Sicherheit der USA sei akut gefährdet, nur schwer aufrecht zu erhalten ist. Der zweite Teil ist ganz offensichtlich für HRC überaus attraktiv. Sie drängte mehr als jedes andere Regierungsmitglied auf den Einsatz militärischer Gewalt, aber Obama tat meist, was er für richtig hielt, ohne ihre Ratschläge zu befolgen.

3. „Als ein Ergebnis (dass die USA sich von der Rezession erholt haben) ist eine substanzielle Erhöhung der Mittel für militärische, wirtschaftliche und diplomatische Fähigkeiten im Bereich des Möglichen.“

Das vorhergehende Grundprinzip annähernd zu wiederholen zeugt nicht nur von schlechtem Schreibstil, sondern es ist auch

ein Affront gegenüber den Millionen amerikanischer Bürger, die vom andauernden Krieg nicht profitieren. Obwohl die Banken wieder auf die Beine gekommen sind, nachdem ihnen massiv unter die Arme gegriffen wurde, tun sich viele Amerikaner weiterhin schwer damit, eine Arbeit zu finden, ihre Schulden abzubehalten oder sich eine Krankenversicherung leisten zu können. Nur die Vermögenden mit Aktien von Waffenherstellern oder multinationale Konzerne werden von derartigen Erhöhungen profitieren – diejenigen, die HRC jedes Mal eine halbe Million Dollar bezahlen, wenn sie auf einer ihrer Veranstaltungen eine Rede hält.<sup>20</sup>

4. „Für den nächsten Präsidenten wird die Frage somit nicht darin bestehen, ob die Vereinigten Staaten über die Mittel verfügen, aktiver international die Führung zu übernehmen, sondern ob die amerikanische Regierung den Willen dazu hat. Und wenn sie die Macht und den Willen zur Führung hat, dann ist die relevante Frage, wie sie in einer Weise ausgeübt werden sollen, die vernünftige Ambitionen und notwendige Grenzen reflektiert.“

Vor allem bei der Forderung nach höheren Rüstungsausgaben sind die Grundprinzipien allerdings so unvernünftig, wie es nur geht, was nichts Gutes für den Rest des Berichtes verheißt.

### Mittlerer Osten I: Libyen

Ungeachtet der Rhetorik, die verwendet wurde, um den Libyen-Krieg 2011 zu rechtfertigen, nämlich massive Menschenrechtsverletzungen verhindern zu wollen, ist schnell klar geworden, dass das eigentliche Ziel der Operation eher darin bestand, ein weiteres anti-amerikanisches Regime zu stürzen. Es hat den

Anschein, als wäre Obama zu Anfang einer Intervention eher abgeneigt gewesen. Ein Grund dafür könnte darin bestanden haben, dass die Geheimdienstinformationen, die er erhielt, nicht bestätigen konnten, dass die Menschen in Bengasi unmittelbar davor standen, von Gaddafis Truppen massenweise getötet zu werden. Ein anderes, plausibleres, Motiv könnte die Sorge davor gewesen sein, die USA in einen weiteren Krieg mit einem muslimischen Land zu verwickeln.

Um sicherzugehen, dass die Schuld, falls etwas schiefgehen sollte, nicht allein bei ihm abgeladen würde, versicherte er sich zuallererst der Unterstützung der NATO und interpretierte die UN-Resolution 1973 zu einem Blankoscheck für einen Eingriff um, um so den Anschein einer internationalen Unterstützung zu erwecken. Obama brachte seinen Wunsch, dass Gaddafi von der Bühne abtritt, bereits zwei Wochen vor Beginn der NATO-Bombardierungen zum Ausdruck, wodurch die humanitären Motive der Intervention vollständig entkräftet wurden. Selbst als Gaddafi verschiedentlich versuchte, einen Handel hinzubekommen, bei dem er lebend vom Amt hätte zurücktreten können, waren USA und NATO hieran nicht interessiert. Um dem allen die Krone aufzusetzen, hatten Amnesty International und Human Rights Watch, die beide während des Aufstandes vor Ort waren, keine Sorge vor einem bevorstehenden Massaker durch Gaddafis Truppen und US-Geheimdienstler waren auch nicht davon überzeugt, dass die Situation so problematisch war.<sup>21</sup>

Um es deutlich zu sagen: Das außenpolitische Establishment der USA wollte Gaddafi tot sehen; der einzige Unterschied in den Herangehensweisen bestand darin, dass Clinton in Libyen verbleiben und eine pro-amerikanische Regierung aufbauen wollte, während Obama bestrebt war, schnell wieder herauszukommen. Außerdem waren es Clintons interne und internationale Bemühungen, die Intervention voranzubringen, die einen eigentlich zögerlichen Obama schließlich umstimmten. Anne-Marie Slaughter, die ehemalige Direktorin der Abteilung für Politikplanung im US-Außenministerium, schickte HRC eine E-Mail mit dem Betreff "Bravo", in der sie der damaligen Außenministerin gratulierte: „Ich kann mir überhaupt nicht vorstellen, wie erschöpft Du nach dieser Woche sein musst, aber ich war NIEMALS zuvor stolzer, für Dich gearbeitet zu haben.“ Und: „POTUS in dieser Frage umgedreht zu haben, ist ein großer Sieg für alles, wofür wir zusammen gearbeitet haben.“<sup>22</sup> Nichtsdestotrotz führte das Scheitern der Libyen-Intervention dazu, dass HRC weiter an Einfluss auf den Präsidenten verlor.

Wie an allen Orten, wo die USA oder die NATO intervenieren, ist auch die Situation in Libyen heute extrem brisant und gewaltsam. Rivalisierende Regierungen in Tripolis und Tobruk, eine IS-Präsenz und viele kleine Splittergruppen bezeugen den katastrophalen Verlauf nach dem westlichen Regimewechsel. Nicht vorausgeplant zu haben, was in Libyen nach Gaddafis Tod geschehen sollte, bleibe einer der größten Fehler seiner Präsidentschaft, sagt Obama.<sup>23</sup> HRC dagegen verteidigt ihre Entscheidung in Libyen zu intervenieren weiter, indem sie argumentiert, die Lage wäre ansonsten noch weit schlimmer. Das ist allein deshalb schon beunruhigend, weil sie damit ihre Bereitschaft unter Beweis stellt, sich für einen Regimewechsel auszusprechen, der auf Grundlage widerlegter Geheimdienstinformationen durchgeführt wurde. Auf ihrer Internetseite heißt es, „die aktuellen Unruhen in Libyen sind beunruhigend und müssen gelöst werden“<sup>24</sup>, auch wenn sie kein Wort darüber verliert, was sie mit „lösen“ meint.

Mit besonderem Blick auf den IS schreibt der EAP-Bericht mit hervorgehobener Schrift: „Es ist zwingend, dass die internationalen Bemühungen gegen den IS substantiell ausgeweitet

werden. Die USA sollten darauf vorbereitet sein, solche Anstrengungen mit dem Ziel anzuführen, den IS aus seinem Zufluchtsort zu vertreiben.“ Dieses Statement unterstreicht, dass nicht die Absicht besteht, den Krieg gegen den IS auf Syrien und den Irak zu beschränken. Man kann davon ausgehen, dass die Basis von HRCs Plänen, mit der Instabilität in Libyen umzugehen, darin bestehen wird, den IS in dem geschundenen Land auszumerzen, besonders nun, da Obama eine neue militärische Offensive gegen die vom IS gehaltene Stadt Sirte begonnen hat. Doch wie immer werden mehr Bomben weder Frieden noch Stabilität bringen. Die Vereinigten Staaten werden eine der libyschen Regierungen gegen die andere unterstützen, was zu noch mehr Spannungen führen und den Konflikt endlos verlängern wird.

## Mittlerer Osten II: Syrien

Von Beginn der Aufstände in Syrien ab 2011 drängte Hillary Clinton darauf, die Rebellen zu bewaffnen und auszubilden, um so den Sturz von Machthaber Baschar al-Assad zu bewerkstelligen. In einer durchgesickerten E-Mail argumentierte sie: „Der beste Weg, Israel mit Blick auf die iranischen Nuklearkapazitäten zu helfen, ist es, die Menschen in Syrien dabei zu unterstützen, das Regime von Baschar Assad zu stürzen.“<sup>25</sup> Das syrische Regime auszuschalten würde eine Lücke in der sogenannten „Schiitischen Achse“ verursachen, die von der Hisbollah im Libanon bis zum Iran reicht. HRC argumentiert, dass beide, Hisbollah wie Iran, schwer darunter zu leiden hätten, sollten sie ihren syrischen Verbündeten verlieren, was wiederum der israelischen Sicherheit und seiner Position als regionalem Hegemon förderlich wäre. Die Mail, in der sich HRC für diese Politik ausspricht, wurde maßgeblich von einem Ko-Vorsitzenden des EAP-Berichtes geprägt, James P. Rubin. Er mailte HRC die Kopie eines Artikels namens „Die wirklichen Gründe, in Syrien zu intervenieren“ („The Real Reason to Intervene in Syria.“), den er in der *Foreign Policy* veröffentlichen wollte. HRCs durchgesickerte Mail bediente sich aus diesem Artikel.<sup>26</sup> Es überrascht demzufolge nicht sonderlich, dass es auch im Bericht heißt: „Jede politische Lösung muss den Abgang Baschar al-Assads (aber nicht notwendigerweise den sämtlicher Personen der aktuellen Führung) beinhalten, da es Assads brutale Unterdrückung der sunnitischen Mehrheit in Syrien ist, die sowohl den Massenexodus als auch den Zuwachs für dschihadistische Gruppen wie den IS verursacht hat.“

Der neokonservative republikanische Senator John McCain scheint ähnliche Auffassungen zu vertreten: „Der Sturz des Assad-Regimes würde die Lebenslinie der Hisbollah in den Iran durchtrennen, eine langjährige Bedrohung Israels beseitigen, die Souveränität und Unabhängigkeit des Libanon stärken und dem iranischen Regime eine strategische Niederlage zufügen. Er wäre ein geostrategischer Erfolg ersten Ranges. Mehr als all die überzeugenden moralischen und humanitären Gründe liegt hier die Ursache, weshalb Assad nicht erlaubt werden kann, erfolgreich zu sein und an der Macht zu bleiben: Wir haben ein klares nationales Sicherheitsinteresse an seiner Niederlage. Und das allein sollte uns dazu ermuntern, beachtliche Risiken einzugehen, um dieses Ziel erreichen zu können.“<sup>27</sup>

Wie HRC unterstützt auch der EAP-Bericht größere Anstrengungen, um sowohl den IS als auch Assad auszuschalten. Zum IS heißt es: „Die USA sollten ihre neue Entschlossenheit dadurch unter Beweis stellen, dass sie das ganze Spektrum ihrer militärischen Beiträge deutlich erhöhen, einschließlich durch mehr einzigartige Luftkapazitäten, zusätzliche Aufklärungsfähigkeiten und ein größeres Kontingent an Spezialeinheiten, die in der

## Mittlerer Osten III: Iran



Quelle: valeriy osipov/Flickr

Lage sind, hochwertige Ziele des IS und anderer zu identifizieren und zu zerstören“

Die Vereinigten Staaten werfen schon heute regelmäßig Bomben über Syrien ab und führen Angriffe mit ihren Spezialeinheiten durch. Diese Aussage zeigt die deutliche Bereitschaft, noch mehr Bodentruppen zu entsenden. Aber wie soll man die Forderung nach mehr „einzigartigen Luftkapazitäten“ interpretieren? Angesichts der Tatsache, dass Aufklärungskapazitäten separat aufgeführt werden, ist es wohl nicht allzu weit hergeholt, dass hier mehr Bombardierungen, womöglich sogar Drohnenangriffe, gemeint sind. Mit Blick auf das syrische Regime gesteht der Bericht ein, dass aufgrund der militärischen Unterstützung durch Russland und den Iran „die militärische Balance heftig zugunsten des Assad-Regimes umgekippt ist.“ In diesem verzwickten geopolitischen Schlammassel spricht sich der Bericht nicht dafür aus, die militärische Macht der USA direkt dafür zu verwenden, das Assad-Regime zu stürzen, sondern dafür, eine „Flugverbotszone“ zu errichten und „Schutzzonen zu schaffen, in denen sich die Syrier ohne Sorge davor, durch Assads Truppen getötet zu werden, sammeln können und wo Milizen moderater Oppositioneller bewaffnet, trainiert und organisiert werden können.“ Wie dies genau bewerkstelligt werden soll, ohne mit Russland, dem Iran oder Assad in Konflikt zu geraten, wird nicht erwähnt.

Nach den schrecklichen Giftgasangriffen im syrischen Ghuta im August 2013 zog sich Obama gegen die Position fast aller seiner Berater von der Roten Linie zurück, was große Teile des außenpolitischen Establishments außer sich vor Wut machte. Obama hatte zuvor erklärt, bei der Verwendung chemischer Waffen handele es sich um die Überschreitung einer Roten Linie, die zu „einer wesentlichen Neubewertung führen wird.“<sup>28</sup> HRC war zu diesem Zeitpunkt schon nicht mehr Außenministerin, aber sie gab an, dass sie im Gegensatz zu Obama den Auslöser betätigt hätte: „Wenn du sagst, du schlägst zu, dann musst du zuschlagen. Es gibt da keine Alternative.“<sup>29</sup>

Obwohl sich HRC lautstark über die Rolle äußert, die sie dabei gespielt haben will, die Verhandlungen mit dem Iran auf den Weg zu bringen, gibt es wenig Gründe zu glauben, dass sie dem Iran-Deal große Beachtung schenken wird, sollte sie zur Präsidentin gewählt werden. Das Abkommen wurde überraschenderweise trotz starken Gegenwindes erfolgreich zum Abschluss gebracht, aber es war Clintons Nachfolger, John Kerry, der die eigentliche Schwerstarbeit leistete. Das Ergebnis war für viele eine Erleichterung, da das Abkommen die Sanktionen gegen den Iran abmildern und die Spannungen zwischen Teheran und dem Westen vermindern könnte. Es hatte den Anschein, als hätten die Kriegstreiber beim Rechtfertigungsversuch, ein Krieg gegen den Iran sei die einzige Option, den Kürzeren gezogen. Aber leider wollen sie ihre Niederlage nicht akzeptieren.

Weder HRC noch diejenigen, die den EAP-Bericht verfassten, trauen dem Iran-Deal zu, für eine Entspannung zu sorgen. Im Bericht heißt es: „Erstens sollte Teheran verstehen, dass Washington nicht davon ausgeht, dass das Atom-

abkommen zu einem veränderten Verhältnis mit der iranischen Regierung führen wird. [...] Zweitens sollte die deklaratorische Politik unterstreichen, dass Washington es dem Iran nicht heute und niemals erlauben wird, ein Atomwaffenstaat zu werden. [...] Drittens sollten die USA eine ambitionierte Strategie verfolgen, die auf eine Mischung aus militärischen, wirtschaftlichen und diplomatischen Mitteln setzt, um die hegemonialen Ambitionen des Irans im weiteren Mittleren Osten zu durchkreuzen.“

Die ersten beiden Punkte, die in ähnlichen Kritiken des Iran-Deals gefunden werden können, erwecken den Eindruck, dass wer auch immer sie verfasst hat, in den letzten zwei Jahren der Verhandlungen zwischen den USA und dem Iran geschlafen hat. Sie enthüllen, dass die Unterzeichner des EAP-Berichts das Abkommen entweder nicht gelesen haben oder dass sie wildentschlossen sind sicherzustellen, dass es für den Iran keinen Weg gibt, die Beziehungen zu den USA zu verbessern – selbst auf das bescheidene Niveau hin, dass ein Krieg zwischen beiden nicht unmittelbar vor der Haustüre steht. Der dritte Punkt fordert Stellvertreterkriege gegen den Iran in anderen Konfliktgebieten.

Die Instabilität im Jemen und in Bahrein ist zum großen Teil ein Ergebnis der Spannungen zwischen Schiiten und Sunniten, in denen eine sunnitische Herrscherelite die Mehrheit der schiitischen Bevölkerung unterdrückt. Ungeachtet der saudischen Bombardierungen gegen die Huthis im Jemen oder der gewaltsamen Unterdrückung ihrer Bevölkerung durch die königliche Chalifa-Familie in Bahrein erachtet der EAP-Bericht die iranische Rolle um ein Vielfaches problematischer: „Wir lehnen die iranischen Versuche, andere zu beschuldigen, für das Anwachsen regionaler Spannungen verantwortlich zu sein, ebenso ab, wie seine öffentliche Kampagne zur Dämonisierung Saudi Arabiens.“ Die USA verkauften Waffen im Wert von hunderten Milliarden an Saudi Arabien und Bahrein, ohne die leisesten Bedenken zu haben, dass die dortigen Machthaber diese Waffen dazu verwenden werden, mehr Blutvergießen anzurichten. HRC ist bei den Waffenproduzenten hochangesehen, die große Beträge an ihre Wahl-





NATO-Übung Trident Juncture 2015. Foto: Laszlo Kertesz/Nato

kampagne oder die Clinton-Stiftung spendeten und sich davon versprechen, dass sie auch künftig Deals für sie einfädelt.<sup>30</sup> Die Waffenverkäufe an diese und andere Regime in der Region fortzusetzen, wird im EAP-Bericht massiv gefordert: „Die Verbündeten am Golf sollten über ausreichend Waffen verfügen, um den Iran abzuschrecken, selbst wenn keine US-Soldaten vor Ort oder schnell verfügbar sein sollten, um zur Seite zu stehen.“

Teilweise verwendet die Internetseite von Clintons Wahlkampagne sogar nahezu die identische Sprache wie das EAP-Papier. Im Bericht heißt es etwa, „der Persische Golf sollte als eine Region von vitalem Interesse für die Sicherheit der Vereinigten Staaten eingestuft werden. Aus diesem Grund sollten sich ausreichend US-Truppen in der Region befinden, um die Sicherheit der Verbündeten am Golf und der Straße von Hormuz vor einer iranischen Aggression zu gewährleisten.“ In einem Artikel auf Clintons Internetseite heißt es dann: „Es sollte unterstrichen werden, dass der Persische Golf eine Region von vitalem Interesse ist, dass wir unsere Militärpräsenz in der Region ausweiten und handeln werden, um die Straße von Hormuz offen zu halten. Sie (HRC) wird die Sicherheitszusammenarbeit mit den Verbündeten am Golf in Bereichen wie Austausch von Aufklärungsdaten, militärischer Unterstützung und Raketenabwehr ausbauen, um sicherzustellen, dass sie sich gegen eine iranische Aggression verteidigen können.“<sup>31</sup>

Aus diesen Äußerungen geht nahezu sicher hervor, dass HRCs Außenpolitik maßgeblich durch den EAP-Bericht beeinflusst - womöglich sogar ihm entnommen - ist. Die Straße von Hormuz ist eine wichtige Route für den Ölhandel, was HRCs Absichten zeigt, fossile Energieträger, die durch die Region transportiert werden, zu kontrollieren. Die USA haben keine Absicht, den Mittleren Osten in absehbarer Zeit zu verlassen und einer HRC-Regierung wird es nicht an Plänen mangeln, um die militärische Präsenz dort weiter auszubauen.

## Europa und Russland

In den Jahren nach dem Untergang der Sowjetunion sorgten ihre militärischen und ökonomischen Interessen dafür, dass die USA in Europa weit vordrangen, insbesondere in die Neuen Unabhängigen Staaten des ehemaligen sowjetischen Blocks und in die früheren Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes. Die NATO wurde massiv umgebaut, nachdem ihre Existenz als ein Gegengewicht zur Sowjetunion angesichts eines schwer verwundeten Russlands in den 1990ern nicht mehr ernsthaft gerechtfertigt werden konnte. Wegen der unzähligen Institutionen und Arbeitsplätze, die von der NATO abhängen, und aufgrund der fortdauernden Feindseligkeit gegenüber Russland unternahm die Führung des Bündnisses was notwendig war, um weiter gefragt zu bleiben.<sup>32</sup>

Namentlich lief dies darauf hinaus, den Kernauftrag – zumindest offiziell – dahingehend zu verändern, nun westliche Interessen durch die Ausweitung von Demokratie und Stabilität zu sichern. In krassem Gegensatz zu diesen Idealen hat sich die NATO als Türöffner für Regimewechsel und Instabilität in Jugoslawien, Afghanistan und Libyen entpuppt. Darüber hinaus begann sie Russland einzukreisen, indem sie neue Mitglieder aus dem ehemaligen Sowjetblock aufnahm. Im Verbund mit der Rekrutierung osteuropäischer Staaten in das wirtschaftliche EU-Bündnis wurde Russland so in eine unkomfortable Lage versetzt, um es milde auszudrücken.

Allerdings bestand seitens der USA oder Westeuropas auch nie die Absicht, russische Interessen zu berücksichtigen. Tatsächlich besteht das Ziel heute ebenso wie zu Zeiten des Kalten Krieges darin, Russland so viel wie möglich Einfluss in Europa zu entreißen, während das russische Interesse darin besteht, wieder zu einem ernstzunehmenden geopolitischen Akteur zu werden. Diese Krise im westlich-russischen Verhältnis erreichte mit dem



Anti-TTIP-Proteste. Foto: Backbone Campaign/Flickr

Ukraine-Konflikt seit 2014 ihren Höhepunkt.

Indem mit der NATO und der EU zwei zentrale westliche Institutionen ihr Auge auf die Ukraine geworfen hatten und versuchten, das Land in ihre Einflussosphäre zu bringen, sollte allen russischen Plänen, eine relevante Rolle in Europa spielen zu können, ein Schlag versetzt werden.

Der Versuch, die Ukraine nach Westen zu ziehen, wurde vor allem vom US-Außenministerium betrieben. Über Gruppen wie das National Endowment for Democracy (NED) schleuste es etwa 5 Mrd. Dollar für 65 Projekte in die Ukraine, die darauf abzielten, eine anti-russische und pro-westliche Stimmung zu erzeugen.<sup>33</sup> Unter Hillary Clinton war Victoria Nuland als Referatsleiterin für europäische und eurasische Angelegenheiten, die auch als eine der Gastrednerinnen während einer der sechs EAP-Abendveranstaltungen auftrat, für diese Bemühungen zuständig. In einem durchgesickerten Telefonat kann man Nuland mit dem US-Botschafter in der Ukraine, Geoffrey Pyatt, darüber sprechen hören, dass „Yats“ der richtige „Typ“ wäre.<sup>34</sup> Und tatsächlich sollte „Yats“ – Arseni Jazenjuk – nach dem Putsch in der Ukraine den Posten als Premierminister übernehmen. Obwohl es nicht ganz klar ist, in welchem Ausmaß die US-Regierung in den Putsch involviert war, deutet das Gespräch zwischen Nuland und Pyatt an, dass die Proteste eher von außen angefacht worden als organisch entstanden sein könnten.

Die Reaktion des russischen Präsidenten Wladimir Putin auf den Putsch hätte vorhersehbar sein sollen. Die Ostexpansion von NATO und EU gefährdeten Russlands Sicherheit, wie Putin schon Jahre vorher angab, als er sagte, ein NATO-Beitritt Georgiens und der Ukraine wäre eine „direkte Bedrohung“.<sup>35</sup> Die US-Regierung hat keinerlei Verantwortung für die Einmischung in der Ukraine übernommen und keine westliche Regierung ist vorgetreten und hat erklärt, dass die USA einen Beitrag leisteten,

den dortigen Konflikt anzuzetteln. Die westliche Erzählweise des Konfliktes wird nun dazu genutzt, eine neue Aufrüstung in Osteuropa zu rechtfertigen und Russland mit Sanktionen zu belegen. Russland stellt eines der Hindernisse für die US-Vorherrschaft dar, während Europa sich als der wichtigste Gehilfe der USA erweist, den russischen Einfluss zu minimieren und die neoliberale Weltordnung zu stärken. Dementsprechend hat auch der EAP-Bericht viel zu diesem Thema zu sagen.

Im Bericht heißt es, es sei wesentlich, „die Ukraine zu stabilisieren und sie in Europa zu verankern. Die USA müssen die ukrainischen Streitkräfte mit der Ausrüstung und dem Training versorgen, die erforderlich sind, um den von Russland unterstützten Kräften und russischen Truppen, die in der Ukraine operieren, widerstehen zu können.“ Ob die Ukraine sich selbst den neoliberalen westlichen Institutionen oder einer russisch-gestützten kapitalistischen Vetterwirtschaft unterordnet, die Ukrainer werden in beiden Fällen von einer kleinen Elite ausgebeutet werden und es werden ihnen die Mittel verwehrt bleiben, um die wirtschaftlichen Missstände zu beheben.

Sowohl die westlichen als auch die russischen Eliten sind entschlossen, sich der Loyalität der Ukraine zu versichern, weshalb die Aussicht, das Land im Westen zu verankern, alles andere als Stabilität verspricht. Es ist Besorgnis erregend, dass der EAP-Bericht nicht davon ausgeht, dass Russland seine militärischen Aktionen in der Ukraine verschärft, sollten die USA die Bewaffnung und Ausbildung der ukrainischen Streitkräfte intensivieren. Dies droht einen Stellvertreterkrieg in der Ukraine zu verschärfen, der das Potenzial hat, Konflikte in ganz Europa anzuheizen. Dennoch ist Michèle Flournoy seit einiger Zeit begierig darauf, den Einsatz in der Ukraine zu erhöhen, was einen Eindruck darüber vermittelt, wie ihre Politik als mögliche Verteidigungsministerin unter HRC aussehen könnte. So war sie etwa an einem

Bericht beteiligt, der die Lieferung schwerer Waffen im Wert von 3 Mrd. Dollar an die Ukraine forderte.<sup>36</sup>

Der EAP-Report fordert außerdem, „die NATO-Verbündeten an der Front zu Russland mit verlässlichen Sicherheitsgarantien auszustatten. [...] Es ist notwendig, die European Reassurance Initiative auszubauen und eine robustere US-Präsenz zu errichten [...], die aus einer Mischung aus dauerhaft stationierten Kräften, rotierenden Truppen, vorpositioniertem Material, Zugangsvereinbarungen und umfangreicheren Trainings- und Manövertätigkeiten bestehen sollte.“ Angesichts der Tatsache, dass die meisten dieser Initiativen in der einen oder anderen Form Monate vor Erscheinen des EAP-Berichts umgesetzt wurden, stellt sich die Frage, welches Ausmaß sich die Autoren hier eigentlich vorstellen – also wie militarisiert Europa sein muss, damit es den amerikanischen Imperialisten reicht. Schon im Februar 2016 beantragte das Weiße Haus 3,4 Mrd. Dollar für die European Reassurance Initiative (zuvor waren es noch 789 Mio. Dollar), drei Monate bevor der EAP-Bericht erschien.<sup>37</sup> Es ist schwer vorstellbar, dass alle Unterzeichner diesen Budgetantrag irgendwie verpasst haben könnten. Demzufolge muss man annehmen, dass die Vervierfachung für die anti-russischen Militärausgaben in Europa nicht genug ist.

Der EAP-Bericht gibt den USA und Europa darüber hinaus auch wirtschaftliche Ratschläge: „Europas andauernde Energieabhängigkeit von Russland ist eine besondere Schwachstelle. Es wird Zeit brauchen, sie zu reduzieren, aber ernsthafte Bemühungen sollten nun beginnen. Mit dem im Hinterkopf ist es notwendig, die TTIP-Verhandlungen erfolgreich abzuschließen und vom Kongress und der Europäischen Union ratifizieren zu lassen. [...] Außerdem müssen die USA und Europa die notwendige Infrastruktur bauen, um Europa Zugang zur wachsenden amerikanischen Flüssiggasversorgung und zu Öl zu verschaffen. In der Zwischenzeit ist es notwendig, voranzuschreiten und die nicht-russischen Öl- und Gaspipelines (von Bulgarien nach Griechenland, usw.) fertig zu stellen.“

Frappierend an diesen Aussagen ist nicht zuletzt das Festhalten an fossilen Energieträgern, das schlussendlich zu einer zerstörten Welt führen wird, in der Geopolitik bedeutungslos wird.<sup>38</sup> HRC erhielt Millionen an Spenden von Gruppen, die mit fossilen Energieträgern zusammenhängen<sup>39</sup> und als Außenministerin forcierte sie Fracking-Initiativen rund um die Welt. Während ihrer Wahlkampagne beschrieb sie Flüssiggas (LNG) als „Brückentreibstoff“, der genutzt werden könnte, bis sich die Abhängigkeit von fossiler Energie in Luft auflöst.<sup>40</sup> Obwohl HRC das Transatlantische Investitions- und Partnerschaftsabkommen (TTIP) während ihrer Wahlkampagne nicht unterstützt hat, gab sie während ihrer Zeit als Außenministerin zum Besten, dabei handele es sich um eine „Wirtschafts-NATO“<sup>41</sup>.

Von dem Abkommen würden multinationale Konzerne auf Kosten der Umwelt und zum Nachteil von Gesundheits- und Beschäftigungsstandards profitieren, was es in den USA und Europa extrem unpopulär macht. Es ist deshalb gut möglich, dass HRC, sollte sie Präsidentin werden, das Abkommen dann wieder allein schon wegen ihrer Spender unterstützen wird. Aber auch die geopolitische Bedeutung des Abkommens ist laut Peter van Ham von holländischen Clingendael Institute beachtlich: „Der wichtigste Grund, warum die Europäische Union und die Vereinigten Staaten sich das ambitionierte Ziel auf die Fahnen geschrieben haben, ein Transatlantisches Freihandels- und Partnerschaftsabkommen (TTIP) anzustreben, ist geopolitischer Natur. Der Aufstieg Chinas (und anderer asiatischer Länder), kombiniert mit dem relativen Abstieg der USA und der wirtschaftlichen Malaise der Eurozone, sind ein Ansporn für

den transatlantischen Westen, seine gemeinsame ökonomische und politische Macht zu nutzen, um neue globale Handelsregeln zu schreiben, die seine ökonomischen Prinzipien (regelbasierte Marktwirtschaft) und politischen Werte (liberale Demokratie) reflektieren. TTIP ist ein zentraler Bestandteil in dieser Strategie.“<sup>42</sup>

Ein verbindendes Element von TTIP, dem Export von Flüssiggas nach Europa und der Aufrüstung der NATO besteht darin, dass sie alle dem Zweck dienen, Russland die Luft abzuschneiden. Nach dem militärischen Einmarsch in der Krim und der anschließenden Wahl, um die Halbinsel mit Russland zu vereinen (was manche als Annexion bezeichnen), belegte der Westen Moskau mit umfassenden Sanktionen. Ergänzt durch abstürzende Ölpreise litt die russische Wirtschaft hierunter enorm, aber nicht in dem katastrophalen Ausmaß, das sich der Westen davon versprach. Europa, China und der Mittlere Osten blieben weiter vom Kauf von Rohstoffen abhängig, was Russland über Wasser hielt.<sup>43</sup> Sollte Europa jemals auf US-Flüssiggas zurückgreifen und so die Abhängigkeit von Russland beenden können, hätte das für die russische Wirtschaft gravierende Auswirkungen. Aber der einzige Weg, um dies zu ermöglichen, besteht im „erfolgreichen“ Abschluss von TTIP.

Russland reagiert auf diese Entwicklungen mit umfassenden Investitionen in neue Waffen und militärischer Infrastruktur und hat in jüngster Zeit definitiv eine größere Bereitschaft an den Tag gelegt, sie in Situationen, in denen dies seiner Sicherheit nutzt, auch einzusetzen. Die NATO wiederum rechtfertigt ihre Aufrüstung im Osten mit den russischen Handlungen, wodurch eine gefährliche Spirale entstanden ist.

Wie bedrohlich dieses Säbelrasseln ist, zeigen Aussagen von James Stavridis, der zuletzt als NATO-Oberkommandierender in Europa fungierte und zwischenzeitlich von Hillary Clinton als möglicher Vizepräsident umworben wurde: „Von allen geopolitischen Gefahren, denen sich die Vereinigten Staaten im 21. Jahrhundert gegenübersehen, ist der Wiederaufstieg Russlands unter Präsident Putin die gefährlichste. [...] Unter Präsident Putin hat Russland einen gefährlichen Kurs eingeschlagen. Sollte es ihm erlaubt werden, damit fortzufahren, wird dies zwangsläufig zu einer Kollision mit der NATO führen. Und das wird einen Krieg bedeuten, der schnell auch atomar geführt werden könnte.“<sup>44</sup>

Drei Personen, die sich völlig auf Linie der Vorschläge des EAP-Berichts befinden, leiten in Clintons Wahlkampagne die für Europa und Eurasien zuständige Gruppe: Julianne Smith, Michael McFaul und Phil Gordon. Als Unterzeichnerin des EAP-Berichts stimmt Smiths Sichtweise zweifellos mit der dort zum Ausdruck gebrachten überein. McFaul, ein bekannter Russland-Hardliner, diente von 2012 bis 2014 als US-Botschafter in Russland – ernannt von HRC –, währenddessen er versuchte, den „Wiederanfang“ mit Russland anzuführen, sich faktisch aber wegen seiner Positionen russischerseits großen Groll einhandelte.<sup>45</sup>

Gordon arbeitete im Weißen Haus als Koordinator für den Mittleren Osten und davor als Referatsleiter für europäische und eurasische Angelegenheiten im Außenministerium. In letztgenannter Position war er Nulands Vorgänger, als er zu Protokoll gab, „das amerikanische Interesse besteht darin, eine unabhängige, florierende und unumkehrbar demokratische Ukraine zu sehen, eine Ukraine, die sich als europäischer Staat modernisiert.“<sup>46</sup> Als er den Posten wechselte, hatte er den Boden für Nuland bereitet, den seitens der USA unterstützten Putsch unter dem Deckmantel einer pro-demokratischen Rhetorik zu überwachen. Clinton selbst gab an: „Ich denke wir sollten mehr tun, um der Ukraine zu helfen, ihre Grenzen verteidigen zu können.“



Anti-TPP-Proteste. Foto: Backbone Campaign/Flickr

[...] Neue Ausrüstung, neues Training für die Ukrainer. Die USA und die NATO waren sehr zögerlich, das zu tun und ich verstehe das vollkommen, weil es sich hier um eine sehr verzwickte und potenziell gefährliche Situation handelt. Aber ich denke, die ukrainische Armee und die ukrainischen Zivilisten, die gegen die Separatisten kämpfen, haben unter Beweis gestellt, dass sie es wert sind, mehr Unterstützung zu erhalten.<sup>447</sup>

Diese aggressiven anti-russischen Positionen, die von Personen aus dem Umfeld Clintons und von ihr selbst geäußert werden, sind beunruhigend, um es vorsichtig auszudrücken. Niemand betrachtet die westliche Einkreisung Russlands als einen Grund für die wachsenden Spannungen zwischen den beiden Blöcken. Im Gegenteil gehen alle davon aus, dass es noch größerer Einmischungen in ehemalige Sowjetstaaten bedarf, um einen Krieg zu verhindern. Angesichts der Spannungen zwischen dem Westen und Russland wären nicht eine weitere Militarisierung, sondern deeskalierende Maßnahmen beider Seiten notwendig und wenn die USA wirklich mehr internationales Ansehen gewinnen wollen würde, würden sie diese anführen – leider handelt es sich hierbei aber um kein wahrscheinliches Szenario.

### Clintons Pazifisches Jahrhundert

Es ist nicht weiter überraschend, dass es die Vereinigten Staaten in ihrem Streben nach der weltweiten Vorherrschaft gerne sehen würden, größeren Einfluss in der bevölkerungsreichsten Gegend der Welt zu erlangen. In den letzten Jahrzehnten wurde Asien von der US-Außenpolitik deutlich weniger Aufmerksamkeit geschenkt als Europa, Russland und dem Mittleren Osten. Seit der japanischen Kapitulation im Zweiten Weltkrieg existierte in der Region keine größere Bedrohung für die USA. Da nun aber China zur dominierenden Macht in der Region wird und sich

auch so verhält, versuchen die USA einen Weg zu finden, um ihre Vormachtstellung zu erhalten.

Laut einer Studie des Harvard Belfer Center war in den letzten 500 Jahren in 12 von 16 Fällen Krieg das Resultat, wenn eine aufstrebende Macht eine etablierte herausforderte.<sup>48</sup> Die Fälle dieser *Thukydides-Fälle*, die nicht zum Krieg führten, waren u.a., als eine Macht abtrat (Großbritannien im frühen 20. Jahrhundert), als eine Seite ihre Macht nicht aufrecht erhalten konnte (als die Sowjetunion kollabierte) oder als eine aufstrebende Macht sich als „wohlwollend“ erwies (wie es bei Deutschland unmittelbar nach der Wiedervereinigung zunächst den Anschein hatte).<sup>49</sup>

Betrachtet man Clintons Bilanz, die Vorschläge ihrer Berater und den EAP-Bericht, gibt dies wenig Anlass zur Hoffnung, dass sich ein friedliches und kooperatives Verhältnis zwischen den USA und China entwickeln wird. Der EAP-Bericht beschreibt das Gerede von einer „Thukydides-Falle“ als „übertrieben“ und gibt an: „Aufstrebende Mächte greifen den Status quo an, wenn sie der Auffassung sind, ihre Siegchancen seien einigermaßen hoch. [...] Deshalb müssen die Vereinigten Staaten ihre Kapazitäten und ihre militärische Positionierung dementsprechend ausbauen, da es sich hierbei um den besten Weg handelt, ihre Entschlossenheit zu demonstrieren, in Asien weiterhin eine regelbasierte Ordnung durchzusetzen.“

Das bedeutet, dass die USA versuchen werden, China davon zu überzeugen oder sogar dazu zu zwingen, seine Anstrengungen aufzugeben, vor allem in der unmittelbaren Umgebung in geopolitischen Fragen einflussreicher zu werden. Die Vereinigten Staaten sind über Chinas Handlungen im Südchinesischen Meer beunruhigt, die die Rolle der US Navy als die vorrangige Kraft zur Überwachung der Gewässer herausfordern. Aus Sicht des EAP-Berichts ist es gefährlich, so wenige Schiffe im Südchinesischen Meer stationiert zu haben, da sich China hier-

durch zu Provokationen und Angriffen ermutigt fühlen würde. Deshalb wird vorgeschlagen: „Konflikte zwischen beiden Mächten können dann vermieden werden, wenn Washington seine militärische Abschreckung verstärkt und seine regionalen Allianzen und Sicherheitspartnerschaften vertieft und verbreitert.“ Das US-Militär als Retter zu entsenden, stellt einmal mehr die Lösung der kreativen Köpfe im CNAS dar.

Hillary Clinton hat dieselbe Position, die von einer ihrer außenpolitischen Topberaterinnen, Laura Rosenberger, folgendermaßen beschrieben wird: „Sie (HRC) ist der Meinung, dass wir uns sehr stark den chinesischen Handlungen entgegenstellen müssen. [...] Sie glaubt an die Prinzipien der Freiheit der See und dass der Handel auf den Weltmeeren für die USA von überragender Bedeutung ist und dass es für diese konkreten Interessen erforderlich ist, sich fortwährend einzusetzen.“<sup>50</sup>

Dieses Wahlkampfsprech bedeutet, dass Clinton tun wird, was auch immer sie für erforderlich hält, um sicherzustellen, dass China nicht die Marktkräfte im Südchinesischen Meer behindert. An einer größeren militärischen US-Präsenz in der pazifischen Region wird schon seit 2011 gearbeitet. Damals verkündete US-Präsident Obama die „Schwerpunktverlagerung“ („pivot“) nach Asien -- ein Begriff, den HRC zuvor mit dem Artikel „America’s Pacific Century“ eingeführt hatte. Kurz danach wurde der Plan von Navy und Air Force vorgelegt, bis 2020 60% (statt wie bisher 50%) der Schiffe und Flugzeuge in der asiatisch-pazifischen Region zu stationieren.

Sicher ist davon auszugehen, dass die militärische Präsenz der USA ausgebaut wird, sollte HRC Präsidentin werden. Aber dabei handelt es sich nicht um den einzigen Weg, China Aufstieg zu verhindern. Die Ausweitung der neoliberalen Weltordnung und die Eindämmung Chinas können durch die Implementierung des Transpazifischen Partnerschaftsabkommens (TPP) erreicht werden – dem Äquivalent zu TTIP. Dieses Freihandelsabkommen will zwölf Pazifikstaaten und 40% der Weltwirtschaft in einem System integrieren. Es schließt China explizit aus. Nach sieben Jahren Verhandlungen wurde das TPP am 4. Februar 2016 von allen Mitgliedern unterzeichnet, muss aber u.a. noch vom US-Kongress ratifiziert werden. Glücklicherweise gibt es quer durchs Parteienspektrum einigen Widerstand gegen das TPP.

Die Unterstützer von Bernie Sanders und Donald Trump stimmen darin überein, dass die Implementierung des TPP normalen US-Arbeitern nichts Gutes bringen wird. Die Menschen sind zu Recht darüber besorgt, dass das Abkommen zum Verlust von tausenden von Jobs führen und standardisierte Handelsregularien erzwingen wird, die Profite über alles stellen.

Sanders forderte HRC an diesem Punkt heraus und zwang sie dazu, ihre Unterstützung für das TPP zurückzuziehen. Aber es ist nicht davon auszugehen, dass das über die Wahl im November 2016 hinaus halten wird. Sowohl sie als auch ihr Kandidat als Vizepräsident, Tim Kaine, gehörten anfangs zu den wichtigsten TPP-Befürwortern, haben aber nun ihre Position verändert, als seien ihnen über Nacht die horrenden Auswirkungen des Neoliberalismus klar geworden. 2012 schrieb HRC noch: „Und durch das Transpazifische Partnerschaftsabkommen arbeiten wir mit Vietnam und sieben anderen Staaten, um in der ganzen Region Handelsbarrieren zu senken, während wir die höchsten Standards beim Arbeitsrecht, Umweltrecht und was geistiges Eigentum anbelangt, sichern.“<sup>51</sup>

Es gab mindestens 44 weitere Anlässe, in denen sie sich für das TPP ausgesprochen hat, bevor sie anscheinend eine Erleuchtung bekam. Ihre schärfste Kritik an dem Bündnis äußerte sie am 11. August 2016, als sie sagte: „Ich werde jeden Handelsvertrag aufhalten, der Jobs kostet oder die Löhne senkt, einschließlich

dem TPP. [...] Ich lehne es heute ab und ich werde es auch nach der Wahl ablehnen und ich werde es als Präsidentin ablehnen.“<sup>52</sup> Einige Tage später wählte sie den eifrigen TPP-Befürworter Ken Salazar als Kopf ihres Teams, wodurch er für die Ernennung tausender Beamter nach einem Wahlsieg verantwortlich wäre.<sup>53</sup> HRCs Ernennung von Salazar unterstützt den Verdacht, dass ihre Haltung gegen das Abkommen nicht mehr als ein strategischer Schachzug ist, um die Wahl zu gewinnen. Es wird jedenfalls nicht überraschen, sollte sie als Präsidentin die TPP-Verhandlungen wieder aufnehmen, dann behaupten, sie hätte alle Probleme ausgemerzt und es anschließend dem Kongress zur Ratifizierung vorlegen wird.

Der EAP-Bericht widerspricht sich selbst, während er versucht, sich gegenüber China diplomatisch zu geben. An einer Stelle heißt es: „Den friedlichen Aufstieg eines Chinas zu fördern, das in die Regeln und Werte der liberalen Ordnung integriert ist, bleibt eine vernünftige Strategie für die USA.“ Aber wenn das ernst gemeint wäre, dann wäre die Einbeziehung Chinas in das TPP eine Priorität. Indem China ausgeschlossen wird, wird das Land nur weiter in die Isolation getrieben. Gleich im nächsten Absatz schlägt der Bericht dann Mittel vor, um China für seine militärischen Aktivitäten im Südchinesischen Meer zu bestrafen: „Diese Kosten könnten neue Sicherheitspartnerschaften mit den Philippinen und Vietnam mit dem Ziel sein, die regionale Sicherheit zu verbessern, eine regionsweite Verurteilung der chinesischen Handlungen und entsprechende wirtschaftliche Strafen, um die chinesische Dominanz in der Region abzumildern.“

Als wäre die Implementierung des TPP nicht bereits genug wirtschaftliche Bestrafung, scheinen hier Sanktionen gegen China vorgeschlagen zu werden. In Verbindung mit den US-Bemühungen, ihre militärische Präsenz und ihre Bündnisse in der Region auszubauen, ist das faktisch eine Eindämmungspolitik gegenüber China. Trotzdem behauptet der EAP-Bericht, dass „es Sinn macht, Chinas Integration in die internationale Wirtschaft zu bewerkstelligen, um seine historische Furcht vor einer Eindämmung abzuschwächen.“

Nach der Lektüre all der Vorschläge des Berichtes, kann das nur als Unfug bezeichnet werden. HRC liefert dieselben sich widersprechenden Aussagen in ihrem Artikel „America’s Pacific Century.“ Darin schreibt sie: „Manche in unserem Land sehen Chinas Fortschritte als eine Bedrohung für die USA; Manche in China sorgen sich, dass die USA Chinas Wachstum schwächen wollen. Wir lehnen beide Sichtweisen ab.“<sup>54</sup> Einige Seiten später prahlt sie dann aber mit den Fortschritten, die das TPP mache und über all die Vorteile, die es bringen würde.

Die Defizite der liberalen Ökonomien in den USA und der EU wurden durch die Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 zu Tage gefördert. Infolge dessen fühlen sich manche außerhalb des einstmals als stabil empfundenen liberalen Westens nun eher zu staatskapitalistischen Systemen hingezogen, die durch Russland und China repräsentiert werden. China wuchs in den vergangenen Jahrzehnten explosionsartig und Millionen wurden aus der Armut befreit, während die USA und die EU stagnierten. Dieser Trend wird im EAP-Bericht als Bedrohung eingestuft: „Die weltweite Finanzkrise 2008, die in den USA begann, und die anschließende tief greifende Rezession stärkte Befürworter alternativer Wachstumsmodelle. Die Rufe, sich vom anglo-amerikanischen ‚Washington Konsens‘ hin zu Systemen mit einem größeren staatlichen Einfluss zu bewegen, sind seitdem lauter geworden.“ Mit dem TTIP und dem TPP soll dem eine starke Alternative entgegengesetzt werden. In den Worten Obamas ist das TPP dafür da, „dass Amerika und nicht China die Führung im globalen Handel innehat.“<sup>55</sup>

# HILLARY CLINTON

Berücksichtigt man, dass Kurt Campbell, HRCs ehemaliger Referatsleiter für Asien und aktuell der Chef ihrer Asiengruppe, sowohl CNAS-Gründungsmitglied als auch Unterzeichner des EAP-Berichts ist, lässt sich mit einiger Sicherheit sagen, dass er wohl nicht nur wesentliche Teile zur „Asien-Sektion“ des Reports beitrug, sondern auch, dass er dabei HRC im Hinterkopf hatte, als er dies tat. Sollte sich HRC aber dazu entschließen, die Politik des EAP-Berichts zu übernehmen, könnte die *Thukydides-Falle* um ein weiteres Beispiel ergänzt werden, in dem die Sturheit einer Großmacht zu unnötigem Blutvergießen führte.

## Schlussbetrachtung

Das Ziel, die US-Vorherrschaft in der Welt aufrecht zu erhalten, wurde seit eh und je von beiden politischen Parteien der USA geteilt. Die Frage, wie dies erreicht werden soll, war bis vor kurzem der unterscheidende Faktor zwischen Republikanern und Demokraten. Die militaristischsten Positionen wurden dabei traditionell von den Republikanern vertreten, während die Demokraten zumindest etwas skeptischer waren, was den Einsatz militärischer Gewalt anbelangt. HRC passt nicht in diese Kategorie von Demokraten und ebensowenig tun es ihre Politikberater. Während die republikanische Partei auseinanderfällt und eine Identität abseits von Donald Trump sucht, verlassen einige Neokonservative das sinkende Schiff und unterstützen HRC. Der EAP-Bericht veranschaulicht diesen Wandel im Parteiensystem, wenn auch nur für diejenigen, die sich mit Außenpolitik befassen.

Viele Denkfabriken publizieren Berichte, in denen neuen Regierungen bestimmte Politikvorschläge unterbreitet werden, und die meisten davon erweisen sich als bedeutungslos. Der EAP-Bericht jedoch muss ernst genommen werden. Die Verbindungen zwischen den Unterzeichnern des Berichts und HRC sind kaum von der Hand zu weisen, während umgekehrt Clintons politische Bilanz und ihre Wahlkampfretorik mit dem, was sich im Report finden lässt, übereinstimmen. HRC und ihre Berater sind entschlossen, die amerikanische Rolle als alleiniger Führer der Welt wieder zu beanspruchen. Sie werden hierfür nicht schwach erscheinen wollen und Gelegenheiten suchen, Bluffs von Gegnern aufzudecken, etwa von Russland in der Ukraine und von China im Südchinesischen Meer. Sollten die Eskalationsschritte, die sich im EAP-Bericht finden, ausgeführt werden,

werden bewaffnete Konflikte die Folge sein. Mit dem im Hinterkopf, gibt es dennoch Gründe dafür zu glauben, dass HRC und ihre Regierung nicht in der Lage sein werden, mit allem, was sie anstreben, auch durchzukommen.

Das seltsame Stadium, in dem sich das politische System der USA befindet, verbunden mit der Unzufriedenheit vieler Amerikaner spiegelt die Schwäche der US-Regierung wider. Die Kampagnen von Bernie Sanders und Donald Trump, so unterschiedlich sie auch waren, schafften es, die Unterstützung eines relevanten Teils der US-Bevölkerung hinter sich zu vereinen, die sich von der Regierungspolitik nicht mehr vertreten fühlen. Um dem amerikanischen Imperialismus ein Ende zu bereiten, reicht es aber nicht aus, jemanden zu wählen, der sagt „es ist vorbei“. Der militärisch-industrielle Komplex streut Geld und Macht unter Gesetzgebern, Lobbyisten, Firmen, Forschungsinstituten und das Militär, um sein Überleben zu sichern. Es muss sich die Erkenntnis durchsetzen, dass Wahlen nur ein kleiner Teil sind, um Krieg und viele andere Probleme der USA zu adressieren. Graswurzelbewegungen werden im Kampf gegen Rassismus, Patriarchalismus, soziale Ungleichheit, Krieg usw. zu wichtigen Akteuren im ganzen Land. Es gibt viel zu tun an allen Fronten, aber das Momentum ist auf der Seite derjenigen, die von einem Gewaltssystem, das von einer kaputten Regierung gestützt wird, genug haben. Das wird hoffentlich dazu führen, dass Clinton und ihre Gehilfen nicht in der Lage sein werden, die EAP-Pläne umzusetzen. Falls Clinton gewählt wird, werden wir in einigen Jahren auf den EAP-Bericht entweder als eine Blaupause ihrer Außenpolitik zurückblicken können – das Gegenstück zu *Rebuilding America's Defenses* für George W. Bush – oder als eine Wunschliste, deren Umsetzung durch groß angelegte Proteste verhindert wurde. Hoffen wir auf Letzteres, aber handeln wir auch danach, dass es eintritt.

*Keegan Farley studiert „Comparative Middle Eastern Politics and Society“ in Tübingen. Die Studie entstand im Rahmen eines Praktikums bei der Informationsstelle Militarisierung. Es handelt sich um eine gekürzte Fassung, übersetzt von Jürgen Wagner, der englischen Studie „Convergence of the Warhawks“, die ebenfalls von der IMI-Seite heruntergeladen werden kann.*

## Anmerkungen

- 1 Goldberg, Jeffrey. "The Obama Doctrine." *The Atlantic*. Apr. 2016. Web. 18 June 2016.
- 2 Ebd.
- 3 Bennett, Jonah. "Former Sec Def Bob Gates: Obama Thinks He's The Smartest Person In The Room." *The Daily Caller*. 20 Jan. 2016. Web. 19 June 2016.
- 4 "Hillary Defends Her Failed War in Libya." *The Atlantic*, 14 Oct. 2015. Web. 18 Aug. 2016.
- 5 Davis, Nicholas J S. "Hillary Clinton and the Dogs of War." *Consortiumnews.com*. 19 Feb. 2016. Web.
- 6 Hirsh, Michael. "The Clinton Legacy." *Foreignaffairs.com*. Council on Foreign Relations, May-June 2013. Web.
- 7 Campbell, Kurt, et al. "*Extending American Power*." Center for a New American Security, Washington D.C., 16 May 2016.
- 8 Lobe, Jim. "Hillary's Foreign Policy: A Liberal-Neoconservative Convergence?" Web log post. *LobeLog*, 29 Apr. 2016. Web. Informationen über die genannten Personen werden das gesamte Papier über geliefert.
- 9 Kagan, Robert. "Neocon Nation: Neoconservatism, C. 1776." *World Affairs* (2008): Spring 2008. Web.
- 10 Tyler, Patrick E. "U.S. STRATEGY PLAN CALLS FOR INSURING NO RIVALS DEVELOP." *New York Times*, 8 March 1992.
- 11 Mastanduno, Michael, "Preserving the Unipolar Moment: Realist Theories and U.S. Grand Strategy After the Cold War", in: Kapstein, Ethan B./Mastanduno, Michael, (eds), *Unipolar politics: realism and state strategy after the Cold War*, New York 1999, 138-181.
- 12 "*Statement of Principles*." Project for a New American Century. 3 June 1997.
- 13 *Rebuilding America's Defenses*. A Report of The Project for the New American Century, September 2000.
- 14 Bailey, Brian. "The State of the World and America's Global Role: The public's view of Bush's foreign policy." *Pew Research Center for the People and the Press* RSS, 17 Nov. 2005. Web. 10 July 2016.
- 15 Bosco, David. "What Divides Neocons and Liberal Interventionists." *Foreignpolicy.com*, 9 Apr. 2012. Web. 09 June 2016.
- 16 Horowitz, Jason. "Events in Iraq Open Door for Interventionist Revival, Historian Says." *The New York Times*, 15 June 2014. Web. 12 Aug. 2016.
- 17 "*About*." Center for a New American Security. Washington, D.C. 18 Horowitz 2014.
- 18 Walt, Stephen. "A New-Old Plan to Save the World." *Foreignpolicy.com*. 26 May 2016. Web. 30 May 2016.
- 19 Cook, Lindsey. "Here's Who Paid Hillary Clinton \$22 Million in Speaking Fees." *U.S. News and World Report*, 22 Apr. 2016. Web.
- 20 Kuperman, Alan J. "Who Lost Libya?" *Foreign Affairs*. Council on Foreign Relations, May-June 2015. Web. 23 July 2016.
- 22 Branko Marcetic. "'Bravo!' Email Appears To Show Clinton's Friend Congratulating Her on Bombing of Libya." *Antiwar.com*. Randolph Bourne Institute, 26 Feb. 2016. Web. 01 June 2016.
- 23 Collins, Eliza. "Clinton Blames Obama for Libya, Syria Messes." *POLITICO*. 14 Apr. 2016. Web.
- 24 "In Libya, Clinton Worked With Our Allies to Stand Up to a Murderous Dictator." *HillaryClinton.com*. Hillary Clinton Campaign, Web.
- 25 Hillary Clinton. "NEW IRAN AND SYRIA 2.DOC." *Wikileaks.org*. Web.
- 26 "*UNCLASSIFIED* U.S. Department of State Case No. F-2014-20439 Doc No. C05794929"
- 27 Remarks by Senator John McCain on the Situation in Syria, *McCain.Senate.gov*. Press Office. 05.03.2012.
- 28 Farley, Robert. "Obama's Blurry Red Line." *FactCheck.org*. Annenberg Public Policy Center, 6 Sept. 2013. Web.
- 29 Goldberg 2016.
- 30 Lott, Jeremy. "Why the Military-Industrial Complex Loves Hillary." *The American Spectator*, 29 Aug. 2016. Web.
- 31 "Hillary Clinton: Consistent, Tough, and Effective Leadership to Counter Threats from Iran." *Hillary Clinton Campaign*, Web.
- 32 Barany, Zoltan. "NATO's Post-Cold War Metamorphosis: From Sixteen To Twenty-Six And Counting." *International Studies Review* 8.1 (2006): 165-178. Political Science Complete
- 33 Blumenthal, Paul. "U.S. Obscures Foreign Aid To Ukraine, But Here's Where Some Goes." *HuffingtonPost*, 7 Mar. 2014. Web.
- 34 "Ukraine Crisis: Transcript of Leaked Nuland-Pyatt Call." *BBC News*. 7 Feb. 2014. Web. 25 Aug. 2016.
- 35 Mearsheimer, John. *Why the Ukraine Crisis is the West's Fault*. Foreign Affairs. 20 Aug 2014.
- 36 Gordon, Michael R., and Eric Schmitt. "U.S. Considers Supplying Arms to Ukraine Forces, Officials Say." *The New York Times*. 01 Feb. 2015. Web.
- 37 Fact Sheet: The FY2017 European Reassurance Initiative Budget Request. The White House. Office of the Press Secretary. *Whitehouse.gov*. 02 Feb. 2016. Web.
- 38 Goldenberg, Suzanne. "Eight Ways Climate Change Is Making the World More Dangerous." *The Guardian*. 14 July 2014. Web.
- 39 Coleman, Jesse. "Hillary Clinton's Connections to the Oil and Gas Industry." *Greenpeace USA*. 21 Apr. 2016. Web.
- 40 Fang, Lee, and Steve Horn. "Hillary Clinton's Energy Initiative Pressed Countries to Embrace Fracking, New Emails Reveal." *The Intercept*. N.p., 23 May 2016. Web.
- 41 Ames, Paul. "Will TTIP be an Economic NATO?" *Politico*. 17 Sep 2015. Web.
- 42 van Ham, Peter: The Geopolitics of the TTIP, Clingendael Policy Brief, No 23, October, 2013, p 1.
- 43 Aleksashenko, Sergey. "Is Russia's Economy Doomed to Collapse?" *The National Interest*. 1 July 2016. Web.
- 44 Stavridis, James. Foreword. *2017 War with Russia: An Urgent Warning from Senior Military Command*. By Richard Shirreff. London: Coronet, 2016. ix-x. Print.
- 45 "Analysts Comment on Former US Ambassador McFaul's Anti-Russian Rhetoric." *TASS*. 6 June 2016. Web.
- 46 Gordon, Phil. "Political Trials Create 'stumbling Block' in Ukraine-US Relations." Ukraine's Quest for Mature Nation Statehood. Washington, D.C. 19 Sept. 2012. *KyivPost*. Web.
- 47 Schreckinger, Ben. "Clinton Urges More Financial, Military Aid to Ukraine." *POLITICO*. 22 Jan. 2015. Web.
- 48 Allison, Graham. "The Thucydides Trap: Are the U.S. and China Headed for War?" *The Atlantic*, 24 Sept. 2015. Web.
- 49 "*Thucydides Trap Project*." Presentation. Harvard Belfer Center, September 22, 2015.
- 50 "Why China Fears a President Clinton Far More than It Does Trump." *CNBC*. 11 July 2016. Web.
- 51 Tapper, Jake. "45 times Clinton Pushed the Trade Bill She Now Opposes." *CNN*. 15 June 2015. Web.
- 52 Dinan, Stephen. "Clinton Calls for Higher Taxes, More Regulations, New Phase of Obamacare." *The Washington Times*, 11 Aug. 2016. Web.
- 53 Jilani, Zaid, and Naomi LaChance. "Hillary Clinton Picks TPP and Fracking Advocate To Set Up Her White House." *The Intercept*. 16 Aug. 2016. Web. Salazar ist ebenfalls ein starker Fracking-Befürworter.
- 54 Clinton, Hillary. "America's Pacific Century." *Foreign Policy*. 11 Oct. 2016. Web.
- 55 Obama, Barack. "The TPP Would Let America, Not China, Lead the Way on Global Trade." *The Washington Post*, 2 May 2016. Web.

## IMI-MITGLIED WERDEN!

o Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.

o IMI-Förderverein Analyse und Frieden e.V.

o Mehr Infos

o IMI-List

- Ich habe IMI gespendet und benötige eine Spendenbescheinigung
- Ich möchte **IMI-Mitglied** werden. Mein jährlicher Beitrag beträgt .....
- Ich erteile IMI eine SEPA-Einzugsermächtigung für mein Konto  
bei der \_\_\_\_\_ (Kontodetails siehe unten)
- Ich überweise meinen Beitrag/Ich habe einen Dauerauftrag eingerichtet
- Ich möchte Mitglied im **IMI-Förderverein Analyse und Frieden** werden.  
Mein jährlicher Beitrag beträgt .....
- Ich erteile dem IMI-Förderverein eine Einzugsermächtigung für mein Konto  
bei der \_\_\_\_\_ (Kontodetails siehe unten)
- Ich überweise meinen Beitrag/Ich habe einen Dauerauftrag eingerichtet
- Ich möchte mehr über die Arbeit der Informationsstelle Militarisierung erfahren
- Ich wünsche eine Eintragung in die IMI-Mailingliste („IMI-List“),  
e-mail: \_\_\_\_\_
- Meine Adresse lautet (Vorname/Name/Str./PLZ/Ort): \_\_\_\_\_
- \_\_\_\_\_

### Kontodetails zum Lastschrift-Einzugsmandat (SEPA)

IBAN:

BIC:

Unterschrift: \_\_\_\_\_



**Informationsstelle  
Militarisierung (IMI) e.V.**  
Informationsstelle  
Militarisierung (IMI) e.V.  
Hechinger Str. 203  
72072 Tübingen  
07071/49154  
07071/49159 (Fax)  
imi@imi-online.de  
www.imi-online.de  
Konto der IMI:  
BIC: SOLADES1TUB, IBAN:  
DE64 6415 0020 0001 6628 32

## Information

Die Informationsstelle Militarisierung (IMI) ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Ihre Arbeit trägt sich durch Spenden und Mitglieds-, bzw. Förderbeiträge, die es uns ermöglichen, unsere Publikationen kostenlos im Internet zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen wie auch Sie IMI unterstützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage ([www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer bei der Kreissparkasse Tübingen ist:  
IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32 BIC: SOLADES1TUB

Adresse:

**Informationsstelle  
Militarisierung (IMI) e.V.**  
Hechingerstr. 203  
72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154  
Fax: 07071/49159  
e-mail: [imi@imi-online.de](mailto:imi@imi-online.de)  
web: [www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)

Der hier abgedruckte Text spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. wieder.

